

BUND-Landesdelegiertenversammlung 2019 in Düsseldorf – Resolution zum Klimaschutz

Fridays for Future – BUND fordert höchste Priorität für den Klimaschutz

Der BUND NRW unterstützt die Forderungen der Fridays for Future-Bewegung hinsichtlich erforderlicher Klimaschutzmaßnahmen und des dringend gebotenen gesellschaftlichen Wandels. Der Verband fordert, die Stimme der Jugendlichen bei allen politischen Maßnahmen entsprechend zu berücksichtigen. Angesichts der sich abzeichnenden und prognostizierten Folgen des menschengemachten Klimawandels muss dem Klimaschutz neben dem Erhalt der Biodiversität die höchste Priorität eingeräumt werden.

Ende August 2018 während der europaweiten Hitze- und Dürrewelle begann Greta Thunberg ihren Schulstreik. Aus ihrem zunächst vereinzelt Engagement ist in kürzester Zeit eine globale Bewegung geworden. Mitte März 2019 gab es bereits Kundgebungen in über 1.000 Städten in mehr als 100 Ländern der Erde, deutschlandweit gingen mehr als 300.000 Schüler*innen und Studierende auf die Straße. Über 20.000 Wissenschaftler*innen stellen sich als „Scientists for Future“ hinter die Forderungen der jungen Menschen.

Die Proteste sind eine zwangsläufige Reaktion auf bislang völlig unzureichende Maßnahmen zum Klimaschutz. Ungeachtet des verpassten Unterrichtsstoffs und schulischer Konsequenzen gehen Tausende junge Menschen auf die Straße, um auf die dramatischen Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels aufmerksam zu machen. Die junge Generation, deren Leben in starkem Maße von den Folgen des Klimawandels betroffen sein wird, verschafft sich damit eine Stimme und die notwendige Aufmerksamkeit für die globale Herausforderung.

Während die Politik bis heute vor allem die Protestform und die in Teilen zu Schulzeiten stattfindenden Demonstrationen kritisieren, wird auf die legitimen Forderungen der Schüler*innen kaum eingegangen. Der BUND NRW fordert die Politik auf, sich endlich dem Thema zuzuwenden und unter Wahrung des Belange des Naturschutzes in allen Bereichen und auf allen Ebenen gebotene Klimaschutzmaßnahmen zu realisieren. Es ist ein Armutszeugnis, dass die Schüler*innen zu drastischen Maßnahmen greifen müssen, um von den politischen Entscheidungsträger*innen endlich gehört zu werden. Der BUND fordert, die auf die Zukunft gerichtete Perspektive der jungen Generation bei allen politischen Entscheidungen zu berücksichtigen und eine aktive Beteiligung junger Menschen an den sie betreffenden Zukunftsentscheidungen zu ermöglichen.

Angesichts der sich abzeichnenden und prognostizierten Folgen des Klimawandels dürfen die erforderlichen Maßnahmen nicht allein mit einem Hinweis auf die Gefährdung des Wirtschaftsstandorts oder Einschnitte in die Lebensqualität abgelehnt werden. Wir müssen jetzt die Notbremse ziehen und einen grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel einleiten. Andernfalls werden fehlende Anpassungen und die Folgen des Klimawandels für die Wirtschaft und das Leben über kurz oder lang noch weit massivere Einschnitte bedeuten. Dabei ist eine Änderung unseres Wirtschaftens, eine Abkehr von der Idee des ständigen Wirtschaftswachstums zwingend geboten.

Vor diesem Hintergrund fordert der BUND von der Landesregierung ein schnelles Ende des Klimakillers Braunkohle und damit verbunden eine Bestandsgarantie für den Erhalt des Hambacher Waldes und der vom Tagebau bedrohten Dörfer. Auch in allen anderen Bereichen, allem voran beim Verkehr, bei Industrie und Handel, in der Landwirtschaft und bei der Gebäudewirtschaft sind deutlich forcierte Klimaschutzanstrengungen erforderlich. Auf der anderen Seite sind jegliche Investitionen in klimaschädliche, nicht nachhaltige Technologien, Produktionsanlagen und Infrastrukturprojekte zu stoppen. Bevor es zu spät ist, muss der Klimaschutz endlich die höchste Priorität bekommen.

*Am 19. Mai 2019 beschlossen von der
BUND-Landesdelegiertenversammlung
in Düsseldorf.*